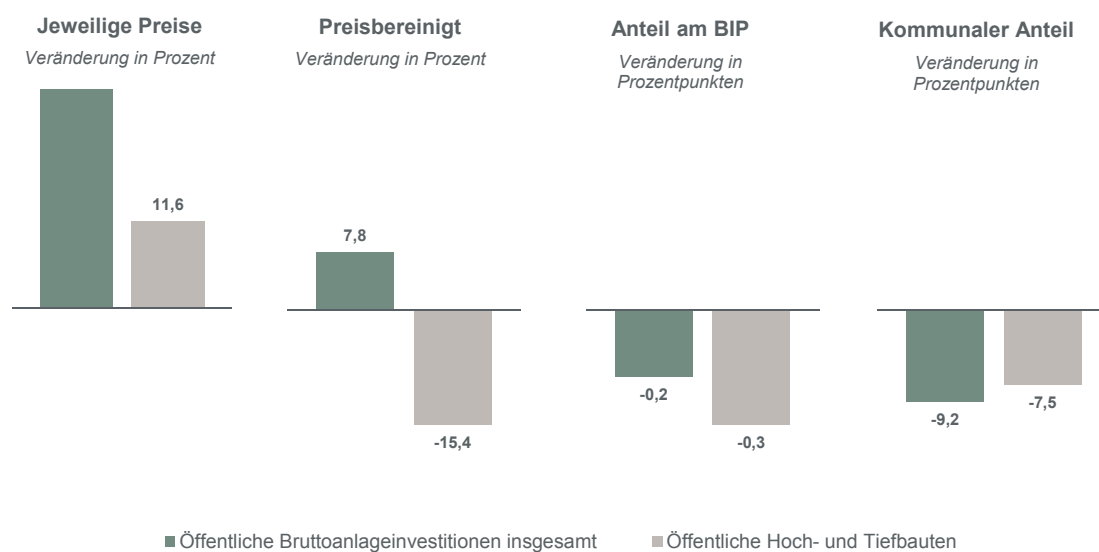


## KfW-Investbarometer Deutschland: Oktober 2015

### Staatliche Investitionen: Trendwende frühestens 2016

- **Der langfristige Negativtrend hält an: die öffentlichen Investitionen sind im ersten Halbjahr 2015 weiter gesunken**
- **Die Weichenstellungen in Richtung Umkehr lassen aber für 2016 erstmals seit 2011 wieder auf spürbare Zuwächse hoffen**
- **Besonders drastisch ist der langfristige Investitionsrückgang auf Ebene der Kommunen, die den Großteil der Infrastrukturinvestitionen schultern**

### Entwicklung der öffentlichen Investitionen von 2000 bis heute



Quelle: Destatis, KfW Research

### Öffentliche Investitionen: weiterer Rückgang im ersten Halbjahr 2015

Die beschlossene Ausweitung der öffentlichen Investitionstätigkeit findet noch keinen Niederschlag in den Zahlen für das erste Halbjahr 2015. Die Bruttoanlageinvestitionen des Staates sinken – preis-, saison- und kalenderbereinigt – im 2. Quartal 2015 um 2,4 % gegenüber dem Vorquartal, nachdem sie schon im 1. Quartal leicht nachgegeben haben (-0,1 %). Auch 2014 (-1,6 %) und 2012 (-1,2 %) waren sie aufs Gesamtjahr gesehen bereits im Minus, lediglich für 2013 (+0,3 %) verbuchten die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in den zurückliegenden drei Jahren ein geringfügiges Plus. Spürbar zugelegt hatten die öffentlichen Investitionen letztmalig im Jahr 2011 (+1,4 %).

Frühestens in der zweiten Jahreshälfte dürfte sich die beschlossene Ausweitung der öffentlichen Investitionen in einem Anstieg der Zahlen zeigen. Recht fraglich ist allerdings, ob dies nach dem schwachen ersten Halbjahr ausreicht, auch das Gesamtjahresergebnis 2015 noch ins Plus zu drehen.

### Langfristiger Negativtrend bleibt

Zwar sind die Investitionen des Staates in jeweiligen Preisen gerechnet („nominal“) seit der Jahrtausendwende um fast 30 % auf heute rund 63 Mrd. EUR (Jahresperiode vom 3. Quartal 2014 bis zum 2. Quartal 2015) gestiegen. Gleichzeitig gilt (siehe Grafik):

- Der nominale Anstieg **blendet die Veränderung der Investitionsgüterpreise** aus, die trotz niedriger Inflationsraten über einen so langen Zeitraum nicht vernachlässigt werden darf. In preisbereinigter („realer“) Betrachtung verringert sich der Zuwachs der öffentlichen Investitionen auf lediglich 7,8 % über den sehr langen Zeitraum von 15 Jahren.
- Während dieser Zeit ist **auch die Wirtschaft insgesamt gewachsen**, was entsprechend angepasste öffentliche Leistungen erfordert. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte seit 2000 um fast 18 % zu. Entsprechend ist der Anteil der öffentlichen Investitionen am BIP seither um 0,2 Prozentpunkte gefallen. Diese Zahl klingt zwar klein. Der Eindruck relativiert sich jedoch, wenn man bedenkt, dass die öffentlichen Investitionen insgesamt nur 2,1 % des BIP ausmachen.
- Die Investitionstätigkeit im Kernbereich der **öffentlichen Bauten ist noch wesentlich schwächer**. Gestützt wird der moderate reale Zuwachs der öffentlichen Investitionen seit 2000 nur von Zuwächsen bei den Ausrüstungsinvestitionen (also Betriebs- und Geschäftsausstattungen, Fahrzeuge sowie Maschinen und Geräte einschließlich für militärische Zwecke: +34 %) sowie den so genannten Sonstigen Anlagen (+70 %). Vor allem letztere sind ein echter Lichtblick, da hierzu vor allem die für unser Wachstumspotenzial enorm wichtigen Ausgaben für Forschung und Entwicklung zählen. Die öffentliche Bautätigkeit – sie macht mit 56 % mehr als die Hälfte der öffentlichen Investitionen aus – ist demgegenüber heute real um 15,4 % niedriger als im Jahr 2000.

Die Jahrtausendwende bietet sich als Bezugspunkt für diese Vergleiche nicht nur deswegen an, weil sie den Beginn des Eurozeitalters markiert und damit den Startpunkt der aktuellen wirtschaftspolitischen „Spielregeln“. Gerade für Trendvergleiche im Baubereich ist sie eine gute Referenz, da bis dahin der vereinigungsbedingte Bauboom wieder weitestgehend abgeklungen war.

### Kommunale Bauinvestitionen im Fokus

Zu den öffentlichen Bauinvestitionen zählen Hochbauten wie Schulen und Verwaltungsgebäude, mit rund zwei Dritteln machen Tiefbauten – also Straßen, Schienen, Brücken, Tunnel, Wasserwege, Hafenanlagen, Flugplätze und dergleichen – jedoch den Löwenanteil aus. Während die anderen staatlichen Ebenen (Bund, Länder, Sozialversicherungen) zusammen genommen ihre Bauinvestitionen von 2000 bis 2014 *in jeweiligen Preisen* um knapp 35 % ausgeweitet haben, gingen die kommunalen Bauinvestitionen – trotz einer Erholung in den letzten beiden Jahren – im gleichen Zeitraum sogar nominal zurück (-1,2 %). Der Gemeindeanteil an den öffentlichen Bauinvestitionen ist infolgedessen um 7,5 Prozentpunkte auf knapp

55 % gefallen. Innerhalb der Gemeindeebene konzentriert sich der Investitionsbedarf auf die Bereiche Verkehr und Bildung sowie die Kommunen mit schwacher Haushaltslage.

### **Politik reagiert, Flüchtlingskrise lässt Bedarf weiter steigen**

Die Politik hat den Handlungsbedarf erkannt und bereits Schritte in die richtige Richtung eingeleitet. Der Bund plant in seinem 10-Mrd-Euro-Investitionsprogramm für die Jahre 2016 bis 2018 zusätzliche Investitionen für Verkehrswege, Energieeffizienz, schnelles Internet sowie den Städtebau ein, also rund 0,1 % des BIP pro Jahr. Zudem hat er eine Reihe finanzieller Entlastungen angekündigt, die den Kommunen zugutekommen sollen und Mittel für Investitionen freisetzen können:

- Diese umfassen 1 Mrd. EUR für die Kindertagesbetreuung bereits im laufenden Jahr sowie weitere 1,5 Mrd. EUR ab 2017.
- Darüber hinaus sollen den Kommunen zusätzlich 1,5 Mrd. EUR zur Verfügung stehen, indem sie bei den Kosten für Unterkunft und Heizung von Hartz-IV-Empfängern weiter entlastet werden und zudem einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer erhalten.
- Für strukturschwache Kommunen werden gezielt 3,5 Mrd. EUR für die Jahre 2015 bis 2018 über den Kommunalinvestitionsförderfonds bereitgestellt.
- Im Rahmen der Flüchtlingshilfe erstattet der Bund monatlich 670 EUR pro Asylbewerber (das entspricht bei 800.000 Asylbewerbern 6,5 Mrd. EUR pro Jahr). Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge stehen weitere 350 Mio. EUR zur Verfügung.
- Hinzu kommen zusätzlich 0,5 Mrd. EUR jährlich (2016–2019) für den sozialen Wohnbau.

Auch wenn diese Entlastung der Kommunen durch den Bund (rund 0,3 % des BIP pro Jahr) aus makroökonomischem Blickwinkel zunächst nur eine Umverteilung öffentlicher Mittel innerhalb des Staatssektors darstellt – und damit zu einem erheblichen Teil auch konsumtive Ausgaben finanziert werden –, sind diese Maßnahmen wichtig. Denn sie verbessern kurzfristig und gezielt die Finanzlage und damit die Investitionsfähigkeit genau derjenigen staatlichen Ebene, die in den vergangenen Jahren auch unter dem Eindruck wachsender Sozialkosten ihre Investitionen am stärksten zurückgefahren hat.

Genauso wichtig sind nachhaltige Länder- und Kommunalfinanzen in der langen Frist, um die neue oder modernisierte Infrastruktur auch betreiben und erhalten zu können. Hierzu kann die bis Ende 2019 anstehende Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen einen wertvollen Beitrag leisten. Wir rechnen damit, dass die Unterbringung und Eingliederung der Flüchtlinge, die in Deutschland bleiben dürfen, den Investitionsbedarf in den nächsten Jahren vor allem in den Kommunen weiter erhöht. Die öffentliche Verwaltung, insbesondere die Bauämter, muss diese Aufgabe aber auch stemmen können. Hier tut sich weiterer Handlungsbedarf auf: In den vergangenen drei Jahren ist die kommunale Planungskapazität, gemessen am Personal für „Bauen und Wohnen“, um fast 10 % gesunken.

Autor: Dr. Klaus Borger, (069) 7431-2455, klaus.borger@kfw.de  
Pressekontakt: Christine Volk, (069) 7431-3867, christine.volk@kfw.de

**Zum *KfW-Investbarometer*.** Das KfW-Investbarometer ist ein vierteljährliches Berichtsformat, das sich den drei großen Komponenten der Bruttoanlageinvestitionen widmet: den Unternehmensinvestitionen, den staatlichen Investitionen und dem privaten Wohnbau. Diese Aufgliederung gehört nicht zum Standardprogramm der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) des Statistischen Bundesamtes, sondern die KfW verwendet eine eigene, mit den VGR gleichwohl konsistente Gliederungssystematik für die Bruttoanlageinvestitionen. Die Unternehmensinvestitionen umfassen dabei alle Investitionen der privaten Sektoren in Ausrüstungen, Nichtwohnbauten sowie sonstige Anlagen (einschließlich des geistigen Eigentums wie Forschung und Entwicklung sowie Software). Alle Investitionen des Sektors Staat werden in einem eigenen Aggregat gebündelt, ebenso der private Wohnbau. Das KfW-Investbarometer befasst sich in drei Ausgaben pro Jahr ausführlich mit den drei Komponenten, eine Ausgabe ist für die Gesamtschau reserviert.